



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

11/2016 – 23.09.2016

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

heute ist bereits die zweite Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause zu Ende gegangen. Wir haben uns seit Anfang September mit dem Bundeshaushalt für das kommende Jahr, aber auch mit den jüngsten Wahlen und der damit verbundenen Debatte um die Flüchtlingskrise auseinandergesetzt.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie beispielsweise zur beschlossenen Förderung von Elektromobilität lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Der Blick geht nach vorne



(© L. Thiel / BAMF)

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus klargestellt, dass wir **alles tun, um eine Situation wie im letzten Jahr mit der teilweise unkontrollierten Einreise von zahlreichen Flüchtlingen künftig zu vermeiden**. Dafür haben wir in der Koalition schon viel auf den Weg gebracht und es wurde auf internationaler, europäischer und nationaler

Ebene viel erreicht, was zu einer spürbaren Reduzierung der Zahlen geführt hat:

- Wir haben das deutsche Asylrecht erheblich verschärft. Asylverfahren wurden beschleunigt, Abschiebungen werden nicht mehr angekündigt
- Wir haben den Familiennachzug für bestimmte Gruppen und Abschiebehindernisse aus gesundheitlichen Gründen eingeschränkt; es gibt nun Aufnahmezentren zur Verfahrensbeschleunigung für Migranten ohne Bleibeperspektive
- Die Verfahrensabläufe beim Bundesamt für Migration und Flüchtlingen wurden verbessert und beschleunigt
- Wir haben die Zahl der sicheren Herkunftsstaaten ausgeweitet. Die Einstufung der Westbalkan-Staaten als sichere Herkunftsstaaten führte zu einem deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen von dort
- Das Ausländerrecht wurde verschärft, Hürden für die Abschiebung gesenkt
- Mit einem Integrationsgesetz setzen wir auf Fördern und Fordern. Es gibt mehr Integrationskurse. Den Städten und Kommunen helfen wir mit der Möglichkeit von Wohnsitzzuweisung, um Probleme in Ballungszentren zu vermeiden
- Die illegale Migration über die Türkei konnte vor allem dank des EU-Türkei-Abkommens weitgehend gestoppt werden
- Wir schützen heute die EU-Außengrenzen besser als noch vor einem Jahr. Ein NATO-Marineverband unter deutscher Führung beobachtet die Bewegungen von Schleusern in der Ägäis; die Grenzschutzagentur Frontex soll zu einer richtigen europäischen Grenz- und Küstenwache ausgebaut werden

Allein diese stichwortartige und nicht abschließende Aufzählung zeigt, dass wir schon viel unternommen haben, damit sich eine Situation wie in 2015 nicht wiederholt. Gleichzeitig werden wir unsere Energie auch auf die zahlreichen weiteren Vorhaben richten, die in diesem Zusammenhang noch vor uns liegen.

Stabilitätsanker Bundeshaushalt

In der ersten Sitzungswoche des Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause haben wir Anfang September die **ersten Beratungen des Bundeshaushalts 2017 vorgenommen**. Dabei hat die Bundesregierung verdeutlicht, dass wir sowohl im nächsten Jahr als auch in der mittelfristigen Finanzplanung unsere Schwerpunkte auf die innere und äußere Sicherheit sowie den Ausbau der Infrastrukturinvestitionen setzen. So sollen etwa die Ausgaben für innere Sicherheit bis 2020 um insgesamt fast 2,6 Mrd. EUR aufgestockt werden. Für Arbeit und Soziales wollen wir mehr ausgeben, und auch in Bildung und Forschung sollen im nächsten Jahr weitere 1,2 Mrd. Euro investiert werden. Das alles zeigt: Wir investieren auf allen Gebieten, die den Bürgern konkret zu Gute kommen.



(© Andreas Hermsdorf / pixelio.de)

Mit dem Bundeshaushalt 2017 haben wir zudem die Chance, die gesamte Wahlperiode ohne Neuverschuldung zu gestalten. Damit pflegen wir den Markenkern der Union, entlasten die jungen Generationen und erarbeiten dem Bund immer größere Spielräume der politischen Gestaltung.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat zudem den Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020 vorgestellt. Demnach bleibt der Bundeshaushalt in jedem Jahr bis 2020 ausgeglichen, wobei im kommenden Jahr eine Einnahmen- und Ausgabensteigerung von jeweils 3,7 Prozent auf 328,7 Mrd. EUR geplant ist. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote wird in diesem Jahr voraussichtlich unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken und soll bis zum Jahr 2020 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen. Das wäre dann das erste Mal seit dem Jahr 2002.

Die endgültige Abstimmung des Bundestages über den Bundeshaushalt 2017 steht noch aus und wird Ende November dieses Jahres erfolgen.

Aktuelles aus dem Plenum



(© BMVI)

In zweiter und dritter Lesung haben wir das **Gesetz zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr** beschlossen. Mit dem Gesetz werden steuerliche Verbesserungen im Bereich der Einkommen- und Kraftfahrzeugsteuer verabschiedet, die das Maßnahmenbündel der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität

ergänzen. Vom Arbeitgeber gewährte Vorteile für das elektrische Aufladen eines privaten Elektro- oder Hybridfahrzeugs des Arbeitnehmers im Betrieb sowie die genehmigte private Nutzung betrieblicher Fahrzeuge oder Ladevorrichtungen befreien wir von der Steuer, während der Arbeitgeber diese pauschal mit 25 Prozent Lohnsteuer versteuern kann. Die Maßnahmen sind von Anfang 2017 bis Ende 2020 befristet. Die bisherige Steuerbefreiung bei der Kraftfahrzeugsteuer für Elektrofahrzeuge verlängern wir rückwirkend zum 1. Januar 2016 von fünf auf zehn Jahre und weiten diese auf genehmigte Umrüstungen zu reinen Elektrofahrzeugen aus.

Vor dem Hintergrund verschiedener Vorfälle, unter anderem etwa vereinzelter Übergriffe in Flüchtlingsunterkünften durch Bewachungspersonal, haben wir in zweiter und dritter Lesung das **Bewachungsrecht** geändert. Bewachungsunternehmer und Personen, die bei der Bewachung von Flüchtlingsunterkünften und Großveranstaltungen in leitender Position eingesetzt werden, müssen künftig anstelle eines Unterrichtsnachweises einen Sachkundenachweis erbringen. Auch die regelmäßigen Zuverlässigkeitsprüfungen werden verschärft: Die zuständigen Behörden holen künftig eine Auskunft der zuständigen Polizeibehörde sowie des Verfassungsschutzes ein und können eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister einholen.

Daten und Fakten

Deutschland profitiert von Globalisierung. Bedingt durch die voranschreitende Globalisierung hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt seit dem Jahr 1990 jährlich um durchschnittlich 1.130 EUR pro Kopf erhöht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die dazu die Auswirkungen der Globalisierung auf 42 Staaten – darunter sowohl Industrienationen als auch Schwellenländer – untersucht hat. Zwar geht die durch einen Index gemessene Globalisierung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 flächendeckend zurück, trotzdem erzielt Deutschland zusammen mit weiteren Industrieländern wie Japan, der Schweiz, Finnland und Dänemark immer noch die höchsten globalisierungsbedingten Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Die fortschreitende Globalisierung sorgte dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt in der Gesamtheit aller 42 untersuchten Länder seit 1990 im Schnitt um fast 970 Mrd. EUR pro Jahr gewachsen ist – dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Spanien oder Südkorea.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung)

Einkommen steigen stärker als Mieten. Die Mieten bleiben in Deutschland in der Breite stabil oder werden relativ zum Einkommen sogar günstiger. Zwar stiegen die Mieten seit 2010 durchschnittlich um 10,2 Prozent, im gleichen Zeitraum erhöhten sich die durchschnittlichen Einkommen jedoch auch um 11,5 Prozent. Wer 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete ausgibt, bekommt durchschnittlich 94 Quadratmeter Wohnfläche – zwei Quadratmeter mehr als noch vor sechs Jahren. Im Landkreis Dingolfing-Landau reicht ein Viertel des Durchschnittseinkommens für 125 Quadratmeter Wohnfläche, in den Studentenstädten Trier, Freiburg, Heidelberg und Würzburg für lediglich 60 Quadratmeter. Selbst in den Großstädten München und Frankfurt konnte die entsprechende Wohnfläche um einen beziehungsweise drei Quadratmeter zulegen. Überproportionale Mietsteigerungen konzentrieren sich nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf wenige Orte wie Berlin, Stuttgart oder Dortmund, wo die Kaufkraft nicht im selben Maße stieg wie die Preise.

(Quelle: IW Köln)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – L. Thiel / BAMF
Seite 3 – Andreas Hermsdorf / pixelio.de
Seite 4 – BMVI